

Strome der Demokraten Preis gegeben werden. Hr. von Scheele ist in Dänemark nicht als Gegner der Selbstständigkeit der deutschen Herzogthümer, sondern als Feind der Demokratie verhaßt. Wäre Hr. v. Scheele nur mit einem Theile der Energie für die Achtung garantirter Rechte aufgetreten, welche er für seine Willkürlichkeiten entwickelte, so hätte er damit Dänemark und seinem Könige viele Unannehmlichkeiten erspart. Er zeigt recht augenscheinlich durch sein Beispiel, daß man seinem Könige nur dann wahrhaft dient, wenn man in seinem Dienste fremde Rechte achtet. Wer da meint, seinem Könige einen Dienst zu leisten durch Vernichtung irgend eines historischen Rechts, der verletzt ihn in seinem innersten und heiligsten Wesen; denn der König ist da, um das Recht seiner Unterthanen aufrecht zu halten. Dadurch ist er die Grundsäule, welche den ganzen staatlichen Bau trägt. Wer im Namen des Königs ein Unrecht begeht, der macht den König zum Gegentheil von dem, was er sein soll, — zu einem Anti-König, zu einem Unkönig; der macht die Säule, die den staatlichen Bau trägt, morsch und veründigt sich am Königthume mehr, als wenn er ihm mit offener Rebellion entgegenträte. Hr. v. Scheele hat sich auf diese Weise an seinem König und dadurch an ganz Dänemark veründigt. Niemand wird ihn daher bedauern, wenn er in die Dunkelheit des Privatlebens zurücktritt, am wenigsten Deutschland. Sollten dadurch die demokratischen Wogen ihren Schaum über das Land spritzen, so wird auch das dem Lande weniger zum Schaden, als zum Heil gereichen, denn das Land wird so die Demokratie los werden, die immer nur so lange etwas zu sein scheint, als sie sich nicht ausgetobt hat. Wir können darum die neuesten dänischen Ereignisse nach jeder Richtung hin als heilbringende betrachten. — In der Neuenburger Frage ruhen die Pariser Conferenzen theils in Folge der Feiertage, theils in Folge der neuen Instructionen, die im Laufe der letzten Sitzungen für die Bevollmächtigten nöthig geworden sind. Die Schweiz überläßt sich noch immer zu sehr dem Wahne, daß die Conferenz eine Art Schiedsgericht sei, und die Gewalt habe, eigenmächtig aufzustellen, was Preußen zu fordern und die Schweiz zu bewilligen habe. Sie erschöpft sich darum in ohnmächtigen Bemühungen, die Conferenzmitglieder für sich so günstig als möglich zu stimmen und verliert darüber die Zeit, Preußen für sich zu gewinnen, von dem doch einzig und allein Alles abhängig ist. Die Conferenzmitglieder können nur Vorschläge machen und durch ruhige Erörterungen die Wege zeigen, die zu einer Verständigung der streitenden Theile führen können, aber sie haben ebensowenig in ihrer Gesamtheit als einzeln das Recht, etwas verlangen zu können, namentlich nicht Preußen gegenüber, welches in der ganzen Streitfrage jede Forderung auf sein anerkanntes Recht gründen kann, während die Schweiz für ihre Forderungen nichts hat, als die Gewalt der Umstände, die es wünschenswerth macht, daß Preußen sein anerkanntes Recht nicht bis zu dessen äußerster Grenze verfolge, sondern darauf nach Möglichkeit verzichte. Preußen ist hierzu auch erbötig, aber nur aus freiem Entschlusse und unter dem nöthigen Entgegenkommen von Seiten der Schweiz. Die preußischen Bedingungen sind für jede fremde Macht unantastbar. Sollen dieselben noch weiter ermäßigt werden, so kann das nur durch unsern König allein geschehen. Die

Schweiz kann nur auf dem Wege der Bitte etwas erlangen, denn ein Recht steht ihr durchaus nicht zur Seite.

### Die österreichischen Bestrebungen nach Zolleinigung.

Wenn es der österreichischen Regierung so ernstlich um die Zolleinigung zu thun ist, so stehen ihr zur beschleunigten Herbeiführung derselben Mittel zu Gebote, die sie ganz zu übersehen scheint. Sie könnte ja zuvörderst ihren Tarif den Zöllen des Zollvereins gleichstellen und überhaupt die inneren Einrichtungen desselben in dem ganzen österreichischen Verkehrsgebiete zur Anwendung bringen. Die Durchführung einiger Tarifermäßigungen, wie dies im vorigen Jahre geschehen, kann nicht als eine genügende Vorbereitung betrachtet werden. Daß der deutsche Zollverein, und an seiner Spitze Preußen, Oesterreichs Gebieten und Interessen opferbereit entgegen kommen sollte, liegt ganz außer dem Bereiche der Zwecke und der Entwicklung des deutschen Zollvereins. Allerdings ist letzterer nicht auf ausschließlich nationale Interessen basirt und berechnet, jedenfalls aber doch darauf hingewiesen, von fremden Staaten, welche sich nach einer Einigung mit ihm sehnen, die ihnen mögliche Verzichtleistung auf eigene Vortheile zu Gunsten des Vereins zu verlangen. Daß der Zollverein, und insbesondere Preußen, die Zolleinigung zu seinem commerciellen und industriellen Wohlergehen nicht bedarf, hat die Zeit seines Bestehens bewiesen. Preußen ist außerdem durch seine Interessen an erster Stelle auf seine Selbstständigkeit, an zweiter durch seine geographische Lage auf eine enge, überall auf uneigennütziger Gegenseitigkeit beruhende Verbindung mit den deutschen Grenzstaaten hingewiesen. Es hat mit großer Opferbereitschaft diese Verbindung geschlossen, aus der für seine Vereinsgenossen die größten Vortheile quellen. Welche Veranlassung hat aber Preußen, den Wünschen Oesterreichs nach Zolleinigung entgegenzukommen, so lange letzteres nicht nachgewiesen, daß sein Zutritt nicht mindestens dieselben Vortheile bringt, welche Preußen seinerseits gewährt? Wir können uns auch nicht überzeugen, daß die territoriale Lage Oesterreichs für eine solche Einigung spreche. Preußen grenzt an alle deutschen Bundesstaaten, ausgenommen das Miniaturländchen Lichtenstein, Holstein und die vier freien Städte. Von letztern gehört Frankfurt zum Zollverein, die drei andern nebst Holstein hineinzuziehen, ist Aufgabe einer nicht mehr ferneren Zukunft. Preußens Interessen sind hiernach mit denen aller deutschen Staaten innigst verflochten. Ueberall, wo Deutschland ist auch Preußen, während Oesterreich überall darüber hinaus oder nebenbei liegt. Preußens territoriale Verbindung mit Deutschland wird zu einer noch innigeren Interesserverwischung durch das deutsche Fluß- und Eisenbahnsystem. Nach Norden weisen alle Wasser- und Landstraßen des Handels, nach Norden weisen alle die wichtigsten deutschen Bestrebungen hin, und schon deshalb fällt an Preußen bei allen gemeinschaftlichen Unternehmungen die natürliche, die prädestinirte Hegemonie. Diese Hegemonie ihm streitig zu machen, ist leider der nur zu offenbare Zweck aller österreichischen Bestrebungen nach Zolleinigung. In dem glücklichen Erfolge derselben können wir nur Unheil für Deutschland,